

DIE POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE EMANZIPATION DER BOLIVIANISCHEN FRAU

PHILIPP FLEISCHAUER ||

Drei dramatische Fälle aus jüngster Zeit

Am 13. März 2013 wurde Juana Quispe Apaza, Indigene und Mitglied des Gemeinderats der Stadt Ancoraimes (Provinz Omasuyos; La Paz), ermordet nahe einem Fluss aufgefunden. Alle Anzeichen deuteten auf einen Racheakt ihrer männlichen Amtskollegen hin; erster Verdächtiger war der Bürgermeister selbst. Die Politikerin hatte ihre Kollegen bereits zweimal angeklagt, weil sie ihr die Teilnahme an politischen Sitzungen untersagten. Außerdem zeigte sie mehrmals den Bürgermeister und andere Gemeinderatsmitglieder wegen körperlicher und psychischer Misshandlung an. Am 28. Mai 2013, kurz nach der brutalen Ermordung, reagierte die bolivianische Nationalregierung mit dem Erlass des „Ley contra el Acoso y Violencia Política hacia las mujeres“, dem Gesetz gegen Belästigung und politische Gewalt gegen Frauen.

Nicht lange zuvor, am 11. Februar 2013, ermordete Jorge Raúl Clavijo Ovando mit 20 Messerstichen seine Ehefrau, die indigene Fernsehreporterin Hanalí Huaycho. Dieser hatte seine Ehefrau jahrelang misshandelt und psychisch misshandelt. Ein Grund dafür war unter anderem angeblich ihr indigener Nachname „Huaycho“, den ihr Ehemann Clavijo für beschämend hielt. Doch obwohl Hanalí Huaycho ihren Peiniger vor Gericht anklagte und die Einleitung eines Disziplinarverfahrens forderte, reagierten die Behörden nicht.

Ihre Ermordung löste eine Welle der Empörung in der bolivianischen Gesellschaft aus. Während die Gewalt an Frauen bis dato eher im Hintergrund geblieben war, entwickelte sie sich nun zum Diskussions-thema. Auch die Politik reagierte unverzüglich und erließ bereits einen Monat später am 9. März 2013 das „Ley contra la violencia hacia la mujer“, das Gesetz gegen die Gewalt an Frauen.

Bereits Ende Dezember 2012 hatten zwei Abgeordnete des Regionalparlaments von Chuquisaca eine indigene Mitarbeiterin im Plenarsaal vor laufenden Kameras vergewaltigt. Vermutlich aus Angst und Unwissenheit, eventuell auch geprägt durch die streng patriarchalischen indigenen Traditionen, hat das Opfer ihre Peiniger bis zum heutigen Datum nicht verklagt.

Anfang Mai beriet das Parlament über die Wiedereinsetzung einer der Vergewaltiger. Zwar sind Ermittlungen eingeleitet, ein Urteil lässt jedoch auf sich warten. Umso überraschender erscheint es daher, dass einer von beiden mit großer Wahrscheinlichkeit sein Amt als Abgeordneter bald wieder aufnimmt.

Bolivien ist eines der wenigen Länder Südamerikas, in denen sich der überwiegende Anteil der Bevölkerung selbst als indigen bezeichnet. Die Geschichte und diese drei aktuellen Fälle zeigen, dass die Indigenen, insbesondere indigene Frauen, bis in die heutige Zeit unterdrückt, diskriminiert und ihrer Rechte beraubt werden.

Rückblick in die Geschichte: Meilensteine der Emanzipation

In den ersten sechs Verfassungen Boliviens seit dessen Unabhängigkeit von der spanischen Krone zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren Frauen von der politischen Beteiligung gänzlich ausgeschlossen. Nach wiederkehrenden politischen und gesellschaftlichen Diskussionen über ein Mitspracherecht in der Politik, aber auch durch den Druck zahlreicher Demonstrationen, bei denen Frauen für ihre Rechte kämpften, sprach die neue Verfassung im Jahre 1952 erstmalig Frauen, Indigenen und Bauern das Wahlrecht zu.¹

forderten die Befürworter erstmalig die Einführung einer Frauenquote ein, nachdem in den Kommunalwahlen von 1995 eine sehr geringe Anzahl an Frauen Plätze erringen konnte. Den Bemühungen verschiedener Frauenorganisationen, Nichtregierungsorganisationen und politischer Parteien ist es darüber hinaus zu verdanken, dass im Jahre 1997 im Rahmen der Wahlrechtsreform schließlich eine Frauenmindestquote von 30 Prozent im Parlament durchgesetzt werden konnte. 1999 führte schließlich das Gesetz zur Regulierung der politischen Parteien ebenso eine Frauenmindestquote von 30 Prozent für Parteiämter ein.³

Vertretung der Frauen im Parlament nach Einführung der Frauenquote

Jahr	Abgeordnetenkommission			Senatskommission		
	Amtsträger Gesamt	Frauen Gesamt	Frauen in %	Amtsträger Gesamt	Frauen Gesamt	Frauen in %
1997	130	15	12	27	1	4
2002	130	24	18	27	4	15
2005	130	22	17	27	1	4
2009	130	30	23	36	16	44

Quelle: Observatorio de Género con base a datos de la CNE, Vgl. Gonzáles (2011), S. 26.

In den Folgejahren wurden dann Stück für Stück die Lebensumstände und Rechte dieser drei Gruppierungen weiter verbessert. So trat 1994 das „Ley de Participación Popular“, das Gesetz der Volksbeteiligung, in Kraft, welches der ländlichen Bevölkerung diverse Partizipationsmöglichkeiten auf lokaler Ebene zusprach. Für die Rechte der (indigenen) Frauen war dies ein entscheidender Wendepunkt, denn das Gesetz forderte die Partizipation der Frauen sowohl in indigenen Kommunalversammlungen als auch in staatlichen Gemeinderäten ein.² Begleitend wurden Konventionen gegen Frauendiskriminierung erlassen sowie Foren zur Stärkung ihrer Rechte und politischer Beteiligungsmöglichkeiten gegründet. Mithilfe dieser neu geschaffenen Instrumente

Einen weiteren großen Meilenstein in der ethnischen und geschlechtlichen Gleichberechtigung Boliviens bildete das im Jahr 2004 ins Leben gerufene „Ley de Agrupaciones Ciudadanas y Pueblos Indígenas“, das Gesetz der Bürger- und Indigenenvereinigungen. Dieses erlaubt es erstmalig in der Geschichte des Landes Indigenen- und Bürgervereinigungen (sofern sie einer Partei angehören), für ein Amt der Volksvertretung zu kandidieren. Dabei ist auch hier eine Frauenmindestquote von 30 Prozent Vorschrift.⁴

Die Tabelle zeigt einen deutlichen quantitativen Anstieg nach der Einführung der Frauenquote im Parlament, auch wenn die Mindestquote ursprünglich nicht annähernd

eingehalten wurde. Dennoch führte die Erhöhung der Frauenquote in den letzten Jahren zu einer größeren Legitimität der weiblichen Abgeordneten in der Bevölkerung und bereicherte die Debatte über die politische Partizipation von Frauen auch in anderen Organisationen und Institutionen. Somit leitete die Frauenquote auch den Beginn eines Umdenkens innerhalb der bolivianischen Gesellschaft ein. Die Diskussion über die vollständige Gleichstellung von Frauen und Männern rückte mehr und mehr in die Öffentlichkeit.

Die heutige Lage: Gleichberechtigung laut Statistik?

Betrachtet man die heutige Situation der Frauen in der bolivianischen Politik aus einem rein statistischen Blickwinkel, so könnte man meinen, Frauen seien Männern bereits praktisch gleichgestellt und teilweise sogar besser repräsentiert als diese. Die aktuelle Bekleidung der Präsidentschaften in der Abgeordnetenkammer und im Senat durch jeweils eine Frau bezeugt die institutionellen Fortschritte der Gleichberechtigung. Darüber hinaus fördern die in den Jahren 1997 und 2004 gesetzlich eingeführten Frauenquoten die Repräsentation der Frauen in beiden Kammern des nationalen Parlaments. Die heutige Aufteilung von männlichen und weiblichen Abgeordneten zeigt, dass im bolivianischen Parlament fast ausnahmslos gleichviele Frauen wie Männer vertreten sind.

Kammer	
Abgeordnete	
Frauen 124	Männer 127
Offiziell 31	Offiziell 99
Vertreterin 93	Vertreter 28
Senat	
Frauen 35	Männer 35
Offiziell 19	Offiziell 18
Vertreterin 16	Vertreter 17

Quelle: http://www.diputados.bo/index.php?option=com_content&view=article&id=97&Itemid=103 ;
http://www.senado.bo/lista_de_senadores/pagina8
 Stand: 2013.

Allerdings ist zu erkennen, dass in der Abgeordnetenkammer hauptsächlich Männer die offiziellen Ämter bekleiden, während Frauen vorwiegend deren Stellvertreterinnen sind (in Bolivien und anderen Ländern der Region verfügt jeder Abgeordnete über einen sogenannten "suplente", einen Stellvertreter. Dieser vertritt den offiziellen Abgeordneten während seiner Abwesenheit). Ebenso sieht das Geschlechterverhältnis in der Senatskammer auf den ersten Blick sehr ausgewogen aus. Doch auch das täuscht: selbst wenn eine Frau das offizielle Amt innehat, sind es oft ihre Stellvertreter, welche das Sagen haben.

Tatsächlich sind Frauen im heutigen Bolivien trotz der institutionellen und gesetzlichen Fortschritte einem enormen gesellschaftlichen Druck ausgesetzt, sobald sie ein politisches Amt antreten. Dieser Druck kann von Wählern und Interessensverbänden bis hin zum eigenen Arbeits- und Familienumfeld ausgeübt werden. Diese politische Einschüchterung zwingt viele von ihnen, sich auf stellvertretende Ämter zurückzuziehen. Extreme Fälle führen nicht selten dazu, dass Frauen keinen anderen Ausweg sehen, als ihr politisches Engagement gänzlich aufzugeben.

Mangel an Bildung, Geld und gesellschaftlicher Akzeptanz

Neben dem gesellschaftlichen Druck hindern auch ökonomische, soziale und kulturelle Faktoren die Partizipation von Frauen am politischen Leben. Der Mangel an Infrastruktur und Transportmöglichkeiten, die eingeschränkten Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten bis zu niedriger Alphabetisierung - und natürlich die Armut schlechthin - isolieren vor allem Frauen vom politischen Geschehen und zwingen sie, in Abhängigkeit von Männern zu leben. Erschwerend kommt hinzu, dass vor allem in ländlichen Gebieten die traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau weiterhin stark präsent ist: Meist sind bei Gemeindeversammlungen die Vorstandsposten mit

Männern besetzt, obwohl das Gesetz hier auch eine Frauenmindestquote vorschreibt. Diese existiert leider oft nur auf dem Papier, da es bislang keine gesetzlichen Sanktionen für die Nichteinhaltung des Quotengesetzes gibt. Theoretisch hat darüber hinaus jedes Gemeindemitglied das Recht, seine Meinung kund zu tun, trotzdem sind es in der Praxis größtenteils die Männer, welche „stellvertretend“ für ihre Ehefrauen sprechen. Frauen wird in der Regel lediglich in ihren traditionellen Zuständigkeitsbereichen ein Mitspracherecht zugestanden, etwa in Mutterschafts- oder Gesundheitsangelegenheiten.

Arbeitet man in ländlichen Regionen, so ist es für Nicht-Bolivianer zunächst befremdlich, wenn sich nach dem gemeinsamen Arbeitsgespräch die Teilnehmergruppe nach Geschlecht aufspaltet: die Männer nehmen im Speisesaal ihre Mahlzeit ein und führen dort die Diskussion weiter, während die Frauen mit dem Personal in der Küche essen. Auch ausländische Teilnehmerinnen sind von dieser Regelung nicht ausgenommen.

Bolivien: Alphabetisierungsrate der Bevölkerung (15 Jahre und älter), in Prozent

Beschreibung	Total (2009)	Indigene (2009)	Nicht Indigene (2009)
Total	91,15	87,04	95,87
Männer	95,80	94,14	97,68
Frauen	86,79	80,48	94,15
Urban	95,31	92,68	97,52
Männer	97,92	96,82	98,84
Frauen	92,87	88,75	96,29
Ländlich	82,16	79,17	89,32
Männer	91,23	90,27	93,34
Frauen	73,67	69,28	85,07

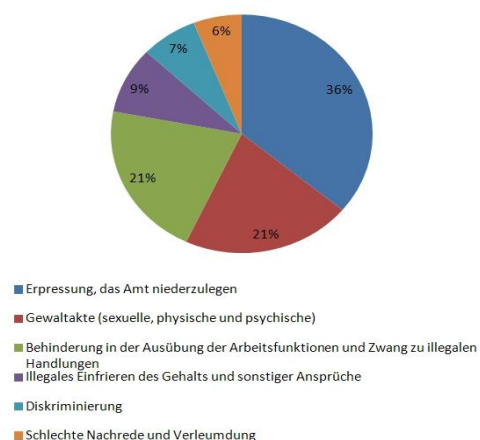
Quelle: Instituto Nacional de Estadística, <http://www.ine.gov.bo/indice/EstadisticaSocial.aspx?codigo=30801>.

Die Alphabetisierungsrate von Frauen in ländlichen Gebieten lag 2009⁵ noch unter 70 Prozent. Es liegt auf der Hand, dass Bildung und Aufklärung das Interesse für gesellschaftliches und politisches Engagement

weckt und dieses auch umgekehrt einer guten Bildungsgrundlage bedarf. Es ist allerdings auch historisch nicht üblich, dass (indigene) Frauen politische Ämter übernehmen. Zudem verfügen diese meist nicht über die notwendigen finanziellen und technischen Mittel, um sich politisch zu engagieren, etwa in Form von Wahlkampagnen. Schaffen es Frauen trotz der ungünstigen Ausgangsbedingungen und starken Einschränkungen in die Politik, befinden sie sich meist in einem Spannungsfeld von Ansprüchen: Einerseits müssen sie den verschiedenen Forderungen der Frauenrechtsorganisationen nachkommen, um eine breitere Akzeptanz unter den Wählern zu finden. Gleichzeitig müssen sie sich den stark hierarchisch und patriarchalisch geprägten Strukturen anpassen, um sich in der politischen Pyramide hoch zu kämpfen. Mittlerweile sind mehrere Fälle bekannt, in denen Frauen so lange von ihren männlichen Kollegen durch psychische und sogar physische Gewalt terrorisiert wurden, bis sie schließlich ihr Amt niederlegten und auf diese Weise Platz für ihre männlichen Stellvertreter machten.⁶

So berichtet der „Asociación de Concejales de Bolivia“ (ACOBOL), der bolivianische Verein für Gemeinderätinnen, von 249 Belästigungsklagen zwischen den Jahren 2000 und 2009.

Politische Gewaltakte gegen Frauen im Zeitraum 2000-2009



Quelle: (RED ADA (2011), Observatorio de Acoso y Violencia Política en Razón de Género, La Paz, S. 20.

Dabei handelt es sich lediglich um die Fälle, welche offiziell vor Gericht angeklagt wurden. Dieser Anteil beträgt geringfügige elf Prozent! Bei einer Umfrage gaben über 50 Prozent der Frauen an, Opfer von politischer Gewalt gewesen zu sein, aus Hilflosigkeit und Unwissenheit das Geschehene aber verschwiegen hätten.⁷ In vielen privaten Unternehmen gibt es keine Möglichkeiten, derartige Übergriffe anzuklagen. Auch auf staatlicher Ebene existierten bis zum Jahr 2009 keinerlei Gesetze, welche die Belästigung am Arbeitsplatz unter Strafe stellten. Erst die neue Verfassung von Januar 2009 führte einen Artikel ein, der jegliche Belästigung am Arbeitsplatz unter Strafe stellt. Allerdings wird in diesem nicht spezifiziert, welche Art von Strafe und ab welchem Grad der Belästigung diese zur Anwendung kommt.

Verschiedene Frauenbewegungen fordern nun vom Arbeitsministerium die Einführung eines Artikels im Arbeitsgesetzbuch, welcher die Bestrafung von Gewalt gegen Frauen und dessen Anwendung reguliert.

Schutz der indigenen Kultur versus Emanzipation der Frau?

Die andine Epistemologie ist stark von den Vorstellungen der Gegenseitigkeit geprägt: Sie basiert auf symmetrischen geschlechtsspezifischen Paaren, die in fast allen sozialen Aspekten der andinen Kultur vorkommen. So werden zum Beispiel Mond und Sonne, Berg und Tal oder Kartoffel und Mais in weibliche und männliche Gegensätze aufgeteilt. Diese geschlechtsspezifische Unterscheidung wirkt sich auch auf das Verhältnis zwischen Mann und Frau aus. So sind die Arbeitsbereiche klar in produktive (für die Männer) und reproduktive Bereiche (für die Frauen) aufgeteilt. Der Haushalt funktioniert nur, wenn jeder Teil des Ehepaars die ihm zugeteilten Aufgaben erledigt und den anderen dabei ergänzt. Individuen werden erst als vollwertige Mitglieder der Gemeinschaft angesehen, wenn sie heiraten, sich also mit den gegensätzlichen Part vereinen. Obwohl das Konzept der ergän-

zenden Gegenseitigkeit auf Gleichheit ausgerichtet ist, kann und wird es dafür ausgenutzt, um hierarchische Strukturen zwischen Männern und Frauen zu etablieren. Es liegt nahe, dass die Ungleichheit der Geschlechter direkt mit dieser Vorstellung in Verbindung steht. Dies wirkt sich auch auf die politische Partizipation der Frauen aus. Da dieser Bereich den Männern vorbehalten ist, hat eine Frau oftmals keine Chance, sich am politischen Geschehen zu beteiligen.⁸

Die Paradoxie liegt darin, dass eben diese traditionelle Vernachlässigung der Frau am politischen Geschehen indirekt durch die bolivianische Verfassung unterstützt wird, und somit den neu eingeführten Gesetzen der Frauenpartizipation grundsätzlich widerspricht: die neue Verfassung von 2009 schützt das Recht der kulturellen Identität, die Bräuche und die Normen der indigenen Völker, und vor allem das Recht auf Ausübung ihrer spezifisch kulturell geprägten wirtschaftlichen und politischen Systeme. Der dabei entstehende (ungewollte) Nebeneffekt ist allerdings, dass der (gewünschte) Erhalt der traditionellen indigenen Bräuche, eine reelle Frauenemanzipation bremst oder gar unmöglich macht.⁹ Dieser Widerspruch ist bei einem Zusammenfließen von Tradition und Moderne unvermeidbar und bedarf wohl noch mehrerer Generationen, um einen harmonischen Ausgleich zu finden.

Die neue Erstarkung von (indigenen) Frauenorganisationen

Verschiedene Frauenorganisationen in Bolivien sehen in den indigenen andinen Traditionen eine Gefährdung der Gleichberechtigung der Frau. Auf der anderen Seite bewerten zahlreiche indigene Frauenorganisationen den Gleichberechtigungsprozess als sehr weit fortgeschritten.¹⁰ Aus den kontroversen Meinungen entstanden allerdings auch Synergien: so schlossen sich im Jahr 2008 sowohl indigene als auch feministische Gruppierungen zusammen, um gemeinsam einen neuen Verfassungsentwurf

zu entwickeln und damit die Diskussion um die neue Verfassung direkt zu beeinflussen. Sie forderten vor allem sexuelle und reproduktive Rechte für Frauen, also das Recht entscheiden zu können, mit wem, wann und wie jemand Kinder und sexuelle Beziehungen hat, sowie das Recht, frei von Gewalt zu leben.¹¹ Die jüngere Entwicklung der (indigenen) Frauenorganisationen begann jedoch schon viel früher: Bereits in der 1970er Jahren ging die „Federación Nacional de Mujeres Campesinas de Bolivia Bartolina Sisa“, die Nationale Vereinigung indigener Bäuerinnen Boliviens Bartolina Sisa, aus dem Dachverband der „Confederación Sindical Unida de Trabajadores Campesinos de Bolivia“ (CSUTCB) als eigenständige Organisation hervor. Ihre Hauptforderungen lauteten politische Partizipation, Landrechte, Bildung, Bekämpfung der häuslichen Gewalt und Stärkung der Rechte indigener Frauen.

Projekte der HSS

Die Hanns-Seidel-Stiftung Bolivien unterstützt seit 2010 den Dezentralisierungs- und Demokratisierungsprozess in verschiedenen Regionalparlamenten und Munizipien im Land. Bei der gemeinsamen Arbeit wird ein besonderes Augenmerk auf die Aus- und Weiterbildung von Frauen gelegt. Mit den zwei führenden Universitäten des Landes kooperiert die Stiftung zudem in verschiedenen Projekten zur Förderung von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachwuchsführungskräften. Seit 2012 vergibt die Hanns-Seidel-Stiftung in Bolivien ferner Hochschulstipendien an begabte junge Bolivianer und Bolivianerinnen (hauptsächlich aus dem indigenen Sektor), die sich ohne finanzielle Unterstützung kein Studium leisten könnten. Dabei verzeichnet die Stiftung sowohl mehr weibliche Bewerber als auch letztlich mehr weibliche Stipendiaten. So sind knapp 70 Prozent der Stipendiaten inzwischen weiblich.

Während des Coca-Krieges und in vielen weiteren sozialen Bewegungen spielten damals und heute noch die „Bartolinas“ eine

wichtige Rolle. Sie sind außerdem Mitbegründerinnen der Regierungspartei „Movimiento al Socialismo“ (MAS) und üben einen bedeutenden Einfluss auf die aktuelle Regierungsführung aus. Mit über 100.000 Mitgliedern sind die „Bartolinas“ mittlerweile die größte Organisation indigener Frauen in Bolivien und verfügen landesweit über gewerkschaftliche Strukturen. In den Jahren 2008 und 2009 hielten sie jeweils das „Cumbre Social de Mujeres de Bolivia“, das soziale Gipfeltreffen bolivianischer Frauen, ab. Dieses landesweite Treffen erwies sich als eine gute Gelegenheit des Austausches diverser populärer indigener Frauenorganisationen, um die Umsetzung der neuen Verfassung zu diskutieren und neue Strategien zu entwickeln. Aus diesen Treffen resultierte auch die Forderung nach der Gründung eines „Consejo Nacional de Mujeres Originarias Campesinas“, eines Nationalen Rats indigener Frauen der ländlichen Gebiete, um gerichtliche Streitigkeiten zu regeln und Menschenrechtsverletzungen gegen indigene Frauen entgegenzutreten.¹² In den 1980er und 1990er Jahren entstanden zahlreiche feministische Bewegungen. Hier kann vor allem das in La Paz gegründete Frauenkollektiv „Mujeres Creando“ genannt werden. Es übt öffentliche Kritik an den sogenannten „patriarchal, neokolonial, heteronormativ und rassistisch geprägten Strukturen“ in der Gesellschaft und Politik Boliviens.

Mittlerweile macht sich auch in gemischtgeschlechtlichen Organisationen, deren Anliegen nicht explizit Gender-Belange sind, eine stärkere Beteiligung der Frauen bemerkbar. So amtiert derzeit eine Frau als Vizepräsidentin für die „Central Indígena del Oriente Boliviano“ (CIDOB), die Indigene Zentrale des bolivianischen Ostens. Sie stehen aber auch an der Spitze vieler kleinerer regionaler Organisationen. Heutzutage arbeiten zahlreiche Frauen als Mitglieder von Gemeinderäten, Verantwortliche für die Durchführung von Projekten und als Beraterinnen, Gesundheits- und Frauenbeauftragte.¹³

Fazit

Der Verlauf der Geschichte zeigt, wie kontrovers die Situation der (indigenen) Frauen in Bolivien ist: Einerseits werden ihnen per Gesetz weitgehende Rechte und Vertretungen zugesprochen. Andererseits prägen die historisch-kulturellen, sozioökonomischen und gesellschaftlichen „Fesseln“ bis heute das Denken und Verhalten Bolivians. Dies wirkt sich schließlich auf die nach wie vor patriarchalisch strukturierte Gesellschaft und Politik des Landes aus.

Die bisherige Erfahrung zeigt, dass es nicht leicht für (indigene) Frauen ist, sich in der Politik zu behaupten und für ihre Rechte zu kämpfen. Der Erlass mehrerer Gesetze zum Schutz der Frauen und deren politischer Partizipation, sowie die Gründung von Frauenorganisationen, feministischen Bewegungen und Frauenmobilisierungen konnten zweifellos wichtige Erfolge der Gleichberechtigung erreichen. Die jüngsten tragischen Ereignisse haben die Debatte über die Stellung der Frau in der bolivianischen Gesellschaft sowie ihre politischen Partizipationsmöglichkeiten und die Verteidigung ihrer Rechte erneut ins öffentliche Licht gerückt. Die Regierung reagierte mit der Verabschiedung zweier essentieller Gesetze, welche Frauen gegen politische Belästigung und Gewalt zu schützen versuchen. Wie sich diese Gesetze in der Praxis durchsetzen können, muss sich noch herausstellen. Nicht zuletzt muss Bolivien einen Weg finden, um das Spannungsverhältnis zwischen den traditionell patriarchalischen Bräuchen und den modernen Werten der Partizipation und Gleichberechtigung zu überbrücken. Erste Schritte sind getan.

|| PHILIPP FLEISCHAUER

Projektassistent Bolivien

Unter Mitarbeit von Natalie Welliniak

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. González, Mónica Novillo. (2011): Paso a paso. Así lo hicimos: Avances y Desafíos en la Participación Política de las Mujeres, La Paz. S. 22.
- 2 Vgl. Manson-Visram, Felicity; Jacopo Uberti, Luca; Brace-John, Tara (2010): Gender-based Political Violence in Bolivia: A Barrier to Women's Political Participation, London. S. 5.
- 3 Vgl. Baldez, Lisa; Brañez, Patricia (2005): El discurso a los hechos: ¿Cuánto hemos avanzado las mujeres bolivianas con las cuotas políticas?, La Paz. S. 10ff.
- 4 Vgl. Baldez (2005): S. 10f.
- 5 Aktuellere Zahlen wurden noch nicht veröffentlicht.
- 6 Vgl. RED ADA (2011) Red Nacional de Trabajadoras/es de la Información y Comunicación (Nacionales Netzwerk der ArbeiterInnen der Information und Kommunikation), Observatorio de Acoso y Violencia Política en Razón de Género, La Paz S.: S.7.
- 8 Vgl. Pape, I. S. R. (2008): "This is not a meeting for women": The Sociocultural Dynamics of Rural Women's Political Participation in the Bolivian Andes, in: Latin American Perspectives 35 (6)/2008, S. 46.
- 9 Vgl. Manson-Visram, Jacopo Uberti, Brace-John 2010: S. 11.
- 10 Rousseau, Stéphanie (2011), Indigenous and feminist Movements at the constituent Assembly in Bolivia: Locating the Representation of Indigenous Women, in: Latin American Research Review 46 (2)/2011. S. 20f.
- 11 Vgl. Rousseau (2011): S. 20f.
- 12 Vgl. Rousseau (2011): S. 20f.
- 13 Vgl. Cabrera, Justa (2003): Movimiento indígena y participación de la mujer indígena, in: Mujeres en la coyuntura nacional, hrsg. von AMUPEI, La Paz, S. 89ff.